

Grußwort Markus Kurth MdB, 13.4.2016

Ein gebrochenes Versprechen ist der Anfang des wirklich bewundernswerten Engagements vieler ehemaliger DDR-Übersiedler und –Flüchtlinge.

Den Altübersiedlerinnen und Altübersiedlern wurde damals zugesichert, dass ihre durch den Wohnortwechsel in die Bundesrepublik verloren gegangenen DDR-Rentenansprüche, über das Fremdrentengesetz kompensiert würden. Sie wurden damit zunächst den originären Bundesbürgerinnen und –bürgern gleichgestellt, hatten also die gleichen Rechte wie alle anderen westdeutschen Staatsbürger. Darauf haben sie vertraut. Dieses Vertrauen ist dann aber ganz erheblich verletzt worden. Denn mit dem Rentenüberleitungsgesetz werden Ihre Renten nun nach neuen Maßstäben berechnet. Systematisch werden die ehemaligen Flüchtlinge wie DDR-Bürger behandelt, die bis zur Wende in der Ostdeutschland lebten – selbst wenn sie etwa bereits 1985 oder 1986 in Freiburg, Hamburg oder Dortmund ihren Lebensmittelpunkt gefunden hatten. Rentenminderungen von bis zu 250 Euro sind die Folge.

Das ist nicht mehr länger hinzunehmen: Die Übersiedler haben erhebliche Risiken auf sich genommen und im Wissen um die Praxis der ostdeutschen Behörden ihre DDR-Rentenansprüche in Gänze aufgegeben. Sie sollten sich auf die ursprüngliche Zusage verlassen können. Doch nun werden gerade die Menschen durch die Wiedervereinigung benachteiligt, die aus der DDR geflohen sind.

Wir fordern, dass die Rentenansprüche der DDR-Flüchtlinge und –Übersiedler künftig nach den Tabellenwerten des Fremdrentengesetzes zu bewerten sind. Das sahen die Sozialdemokraten bis vor wenigen Jahren noch sehr ähnlich. Die Grüne Bundestagsfraktion hat - gemeinsam mit den Linken - der SPD vor kurzem eine Steilvorlage geliefert, ihrem Versprechen nachzukommen. Wir haben den ursprünglichen SPD-Antrag aus der letzten Legislaturperiode erneut in den Bundestag eingebracht. Doch die Sozialdemokraten stellen sich quer.

Aber seien Sie versichert: Die Grünen stehen weiterhin hinter den DDR-Übersiedlern und –Flüchtlingen. Lassen Sie uns den Druck auf die Bundesregierung aufrechterhalten. Diese Demonstration ist dabei ein wichtiger Baustein.

Beste Grüße  
Christian Wöhler  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Markus Kurth MdB  
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Dorotheenstr. 101  
10117 Berlin  
Tel. 030-227-71969  
Fax 030-227-76966  
E-Mail: markus.kurth.ma03@bundestag.de